



Entlastungen auch im öffentlichen Dienst gefordert

Die Pandemiephase geht fließend über in die Energiekrise und die versprochene Entlastung der Regierung lässt auf sich warten. Die Auszahlung einer Energiekostenpauschale für Versorgungsempfänger(innen) des Bundes zur Abmilderung der finanziellen Belastung durch die stark gestiegenen Energiepreise ist bereits beschlossene Sache. Die Pauschale soll ebenso pensionierten Bundesbeamten zugutekommen. Für die Landesbeamten sind die Länder zuständig. Auf MV kämen für die rund 7 000 Pensionäre um die 2,1 Millionen Euro zu.

Anfang September hatte das Finanzministerium mitgeteilt, man prüfe, ob und in welchem Umfang eine Zahlung der Energiepauschale für die Versorgungsempfänger(innen) des Landes vorgenommen werde. Im Gegensatz zum zögerlichen Vorgehen Mecklenburg-Vorpommerns haben

Schleswig-Holstein und Hamburg die Auszahlung bereits beschlossen. Diese bürokratische Handhabung passt nicht zum Ausmaß dieser kritischen Lage und ruft von vielen Seiten Unverständnis hervor.

„Die von der Bundesregierung im dritten Entlastungspaket be-

schlossenen Maßnahmen zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger von Energiepreis-Explosion und Inflation gehen in die richtige Richtung. Entscheidend ist es jetzt, diese zügig und für alle umzusetzen. Insbesondere die Energiepreispauschale von 300 Euro muss allen Versorgungsempfänger(innen) und

zukommen – nicht nur denen des Bundes, sondern ebenso denen der Länder und Kommunen. Alles andere wäre eine Fortsetzung der großen Ungerechtigkeiten aus den vergangenen Entlastungspaketen gegenüber jenen, die ihr Leben lang gearbeitet haben und nun genauso unter den hohen Kosten leiden wie die Erwerbstätigen“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 5. September 2022 in Berlin. „Nachdem der Bund die Übertragung der Energiepreispauschale bereits zugesichert hat, sind nun die Länder am Zug.“

Quellen:

dbb vom 5. September 2022,
dpa vom 7. September 2022

Krise 2.0

„Krise ist ein produktiver Zustand. Man muss ihm nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“
(Max Frisch)

In Krisenzeiten zeigt sich der wahre Charakter eines Menschen und die tatsächliche Belastbarkeit des Systems. Die Coronapandemie hat zweifelsohne bereits zu einer Neubewertung des Begriffs geführt. Tiefpunkte jedweder Art hat es in den letzten Jahrzehnten viele gegeben und wird es auch weiterhin geben. Eine Situation, die zeitgleich die gesamte Welt betrifft, hat es wohl bisher nur während der Weltkriege gegeben. Nicht jede Krise muss lebensbedrohlich sein,

aber stellt die Gesellschaft und die Politik in jedem Fall auf ihre Art vor neue Herausforderungen.

Im besten Falle können Krisen auch Chancen für eine Weiterentwicklung hervorbringen, wenn ihnen entschlossen und mit Weitsicht begegnet wird. Gerade diese Kompetenzen wurden der Bundesregierung bereits während der Coronapandemie abgesprochen. Nun kommen auch noch die Bedrohungen durch die Auswirkungen des Ukraine-Kriegs und dessen wirtschaftliche Auswirkungen, inklusive Inflation und Energiemangellage hinzu. Das Vertrauen in die Lösungskompetenzen der Politik für diese Probleme schwindet zusehends, da der Lerneffekt ausbleiben scheint und wir sehenden Auges in die nächsten

Problemlagen schlittern. Das Vertrauen der Bevölkerung in den Staat war nie geringer. Die lang prophezeiten Notlagen sind nun eingetreten und die Gesellschaft fragt: Wer trägt die Verantwortung?

Die dbb bürgerbefragung 2022 zeigt: Nur noch 29 Prozent der Befragten sind der Meinung, der Staat sei handlungsfähig und könne seine Aufgaben erfüllen. Zwei Drittel (66 Prozent) glauben das nicht.

„Der Trend war bereits letztes Jahr zu erkennen, jetzt ist das Kind endgültig in den Brunnen gefallen. Klima, Krieg, Corona, Kostenexplosion: Egal in welchem Lebensbereich eine Krise auftritt, der Staat präsentiert sich schlecht vorbereitet. Jetzt zahlt die Gesellschaft den Preis dafür, dass wir bei der Politik um jeden Euro und jede Stelle für den öffentlichen Dienst feilschen müssen. Wir haben leider nur noch eine Schönwetter-Daseinsvorsorge. Das ist die traurige Wahrheit und die Menschen erleben das jeden Tag“, sagte der dbb Bundesvorsitzende

Ulrich Silberbach am 1. September 2022 bei der Vorstellung der Umfrage-Ergebnisse, die das Meinungsforschungsinstitut forsa erhoben hat.

Auch wenn die Jobs im öffentlichen Dienst weitestgehend sicher sind, sollte die Belastungen für die Kolleginnen und Kollegen nicht unterschätzt werden. In vielen Bereichen der Verwaltung und der Sicherheitsbehörden ist die Schmerzgrenze erreicht. Eine Verbesserung der Lage ist angesichts der Energiemangellage im Winter nicht zu erwarten. Eine funktionsfähige Verwaltung und Sicherheitsarchitektur sind jedoch die Grundvoraussetzung, um dieser Situation begegnen zu können. Dies muss sich auch in einer entsprechenden Wertschätzung und Vorsorge der Politik widerspiegeln.

„Gerade die Bundespolitik sollte außerdem zur Kenntnis nehmen, dass die Bürgerinnen und Bürger sehr genau um die Bedeutung eines funktionierenden gesellschaftlichen Miteinanders und von leistungsfähigen

Impressum:

Landesgeschäftsstelle
Hinrichsdorfer Straße 7 c
18146 Rostock
Tel.: 0381.20749724
Fax: 03212.7393777
www.dpolg-mv.de
V.i.S.d.P.: Annakatharina Kroege



gen öffentlichen Einrichtungen wissen. Die sind ihnen – anders, als es oft unterstellt wird – oft sogar wichtiger als der eigene Geldbeutel“, stellte der dbb Bundesvorsitzende heraus. So

stunden bei den wichtigsten Staatsaufgaben neben der allgemeinen „Aufrechterhaltung der sozialen Gerechtigkeit“ auch der Klimaschutz, die Infrastruktur und die Modernisie-

rung des öffentlichen Dienstes ganz oben. Erst dann folge die „Entlastung der Bürger aufgrund der gestiegenen Preise“. Silberbach: „Das zeigt deutlich: Ohne einen starken öffentli-

chen Dienst und eine krisenfeste Daseinsvorsorge wird der Staat das Vertrauen der Bevölkerung nicht zurückgewinnen können.“

Quelle:

dbb vom 1. September 2022

Man könnte, man müsste, man sollte, man würde ... DPoIG – wir machen

So lautet jetzt das Motto für den Landesdelegiertenkongress im November 2023 der DPoIG M-V.

chenende, wie in der RDV vorgeschrieben, auch für alle Polizisten gewährleistet wird!

Beschlossen hat dies der Landeshauptvorstand (LHVS) auf seiner Sitzung am 25. und 26. August 2022 in Kuhs.



> Landeshauptvorstand

Nach einer langen Corona- und Urlaubspause konnte sich das höchste Gremium zwischen den Landeskongressen endlich wieder in einer Präsenzsitzung treffen und die aktuellen Schwerpunkte für unsere Gewerkschaftsarbeit beraten.



> Ehrenmitglied Jens Möckel

Gleich zu Beginn wurde sehr ausführlich die zurückliegende Personalratswahl in der Landespolizei M-V ausgewertet. Die Vorbereitung und die Durchführungen des Wahlkampfes 2022 war für alle Kreisverbände verbindlich im Oktober 2021 beschlossen worden. Nun galt es zum Beispiel auszuwerten, welche beschlossenen Aktionen in den einzelnen Kreisverbänden auch tatsächlich realisiert wurden, welche Maßnahmen konnten nicht durchgeführt werden und weshalb? Woran lag es, dass die DPoIG-Mitglieder im LKA M-V nicht für eine Mitwirkung an den PR-Wahlen zu aktivieren waren? Diese Aufarbeitung ist für den Landeshauptvorstand noch nicht abgeschlossen. Entsprechende Arbeitsaufträge sind in diesem Zusammenhang beschlossen und vergeben worden.

Weitere Punkte waren unsere Dauerbaustelle der Dienstbelastungen in der Fläche. Die steigende Anzahl an Festivals, Demonstrationen und anderen Ereignissen, von der „Fusion“ bis zu „Hanse-Sail“ et cetera brachten in den Sommermonaten auch dieses Jahr alle Behörden wieder an die Belastungsgrenze. Wir als DPoIG werden deshalb im Interesse aller Beschäftigten, mit Blick auf eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie darauf achten, dass MINDESTENS ein freies Wo-

Ein lachendes und ein weinendes Auge gab es diesmal auch auf der Sitzung.

Mit großer Freude konnte Enrico Stiehler auf dieser Sitzung begrüßt werden. Auf Beschluss des LHVS wird Enrico ab sofort durch Jens Möckel in alle Tätigkeitsfelder der Finanzverwaltung unseres Landesverbandes eingewiesen. Enrico hat seine Bereitschaft erklärt, unseren Landesverband in diesem Aufgabenbereich zukünftig aktiv zu unterstützen.

Eine zweite Freude war die für Jens Möckel überraschende Ehre. Entsprechend der Ehrenordnung des Landesverbandes wurde auf Beschluss des LHVS die goldene Ehrennadel mit Ehrenkranz für herausragendes Engagement in der Gewerkschaftsarbeit an Jens verliehen. Wir sagen mit diesem Zeichen der Wertschätzung DANKE für seinen Einsatz für unsere Organisation über seinen Pensionseintritt hinaus.

Leider mussten wir das bevorstehende Ausscheiden unserer geschätzten Annakatharina Kroege aus dem Vorstand und aus dem Landesverband zur Kenntnis nehmen. Unsere stellvertretene Landesvorsitzende wird in naher Zukunft in ein anderes Bundesland wechseln. Wir geben an das aufnehmende Bundesland eine engagierte, hoch qualifizierte Kollegin und Freundin ab. Wir wünschen Anna auf ihrem weiteren Lebens- und Berufsweg nur das ALLERBESTE und sagen DANKE für dein Engagement für uns. Alles Gute für dich, liebe Anna.

Natürlich gab es noch weitere Themen auf der Tagesordnung wie:

- > der 8. Landesgewerkschaftstag des dbb m-v,
- > der Bundesgewerkschaftstag des dbb im November in Berlin,
- > die aktuellen Beschaffungen von Werbemitteln für unsere Mitglieder,
- > die geplanten Aktionen der Kreisverbände,
- > die bevorstehenden Neueinstellungen an der Fachhochschule
- > und die Termine für den Landesvorstand.

Euer Landeshauptvorstand

Gewalt gegen die Polizei weiterhin hoch

Das für das Jahr 2021 vom BKA veröffentlichte Lagebild zum Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ zeigt, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte und -Beamtinnen im Dienst weiter zunimmt.

Im Vergleich zum Jahr 2020 ist ein Anstieg um 0,8 Prozent zu verzeichnen. Die ohnehin schon hohe Zahl von 38.960 Fällen insgesamt bedeutet jedoch konkret, dass 84.831 Polizistinnen und Polizisten Opfer von Gewalttaten geworden sind. Die Anzahl der Opfer stieg damit bundesweit um 5,9 Prozent. Besonders erschreckend ist dabei der deutliche Anstieg an versuchten und vollendeten Tötungsdelikten sowie den Fällen von gefährlicher und schwerer Körperverletzung.

Gerade bei Demonstrationen und Fußballspielen ist die Gefahr von Angriffen besonders

hoch, da die Kolleginnen und Kollegen der Bereitschaftspolizei, die in diesen Situationen meist an erster Front stehen, oft als Gesamtfeind und nicht als Individuum wahrgenommen werden und die Täter(innen) sich in der Anonymität der Gruppe gestärkt fühlen, weil sie sich schnell zurückziehen können.

Meistens sind es Polizisten im Alter zwischen 25 und 35 Jahren, die im Dienst Opfer von Gewalt werden. 84,5 Prozent der Tatverdächtigen sind ebenfalls männlich und zu 69,8 Prozent deutsche Staatsbürger. In elf Bundesländern

hat die registrierte Gewalt gegen die Polizei im Jahr 2021 zugenommen, nur in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg, dem Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern sind die Zahlen rückläufig.

Zwei Beispiele aus September machen jedoch auf erschreckende Weise bewusst, dass die Intensität an Gewalt gegenüber Polizeibeamten jede Statistik untauglich macht und jede/r verletzte Kollegin oder Kollege zu viel ist.

In Vorpommern wurde kürzlich ein 33-jähriger Mann festgenommen, der anscheinend

ohne Anlass die Besatzung eines Streifenwagens in der Nähe von Rostock beleidigt, bedroht und dabei noch gefilmt hatte. Anschließend floh der Tatverdächtige mit dem Auto und versuchte während der Verfolgungsfahrt mehrfach den Streifenwagen abzudrängen. Der polizeibekannt Mann konnte zunächst fliehen, wurde dann aber fußläufig gestellt, wobei der Tatverdächtige erheblichen Widerstand leistete und einem Kollegen mit dem Ellenbogen ins Gesicht stieß.

Vor einem Greifswalder Nachtclub kam es Anfang September zu einem tätlichen Angriff auf einen Polizeibeamten, der mit seiner Streifenwagenbesatzung vor Ort einen Platzverweis durchsetzen sollte. Der 24-jährige tatverdächtige Syrer habe den Polizisten, der mit der Anzeigenaufnahme beschäftigt gewesen sei, derart umgestoßen, dass dieser mit dem Hinterkopf aufschlug und das Bewusstsein verlor. Der Kollege musste in der Folge notoperiert und – nach Erkenntnissen zu Redaktionsschluss – in kritischem Zustand weiterhin intensivmedizinisch betreut werden. Die DPoIG M-V wünscht dem Kollegen eine baldige und gute Genesung und viel Kraft für die Angehörigen in den schweren Stunden.

Eine solche Tat darf nicht folgenlos bleiben – von der Landesregierung muss ein deutliches Zeichen gegen Polizeigewalt und für die Anerkennung der Polizeibeamtinnen kommen, die tagtäglich, trotz aller Belastungen, ihre Gesundheit für die Sicherheit des Landes und der Bevölkerung riskieren.

Quellen: Tagesschau.de vom 30. September 2021, Nordkurier vom 7. September 2022



© Pixabay



Telefonbetrug verursacht weiterhin hohe Schäden

Die Trickbetrüger, die sich als Enkel, Mitarbeiter einer Lotterie, als Polizist oder die große Liebe ausgeben, gibt es schon lange. Leider sind diese Arten des Betruges relativ gering im Aufwand verglichen zu den Summen, die bei diesen Mäusen oft ergaunert werden. Trotz der zahlreichen Beispiele und Warnungen in den Medien und durch die Polizei, fallen immer noch zu viele Menschen auf die Betrüger rein. Die Schlagzahl der professionell agierenden Banden ist hoch und selbst wenn nur ein geringer Prozentsatz der potenziellen Opfer auf die Täter reinfällt, ist der Gewinn beträchtlich.



Ein Mann aus dem Bereich Neustrelitz hat bei dem sogenannten „Love Scamming“

eine Rekordsumme von 90 000 Euro an solche Betrüger verloren. Das 55-jährige Opfer hat

über ein Internetportal eine Frau kennengelernt, die eine angebliche Millionenerbschaft aus den USA für viel Geld nach Deutschland transferieren wollte und ihrer Bekanntschaft einen Anteil daran versprochen hatte. Vor zwei Jahren überwies ein 90-Jähriger bereits 20 000 Euro an eine angeblich junge Frau aus Russland. Eine 82-jährige Frau in Pasewalk ließ kürzlich Geld, Schmuck und Bankkarten im Wert von 3 000 Euro von einem angeblichen Polizisten zum Schutz vor Diebstahl abholen.

Quelle:
NDR vom 7. September 2022

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Eintritt in die Pension beziehungsweise Rente steht kurz bevor? Ein neuer Lebensabschnitt beginnt. Diesen habt ihr euch erarbeitet und redlich verdient! Auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses wollen wir als DPoIG für euch da sein und euch bei Fragen rund um den Ruhestand zur Seite stehen.

tragten Ralf Wünsch (senioren@dpolg-mv.de) oder unseren Landesschatzmeister Jens Möckel (schatzmeister@dpolg-mv.de).

Damit ihr auch weiterhin in den Genuss unserer gewerkschaftlichen Leistungen und Kooperationsvorteile kommt – und das bei vergünstigten Beiträgen! – ist es wichtig,

dass ihr uns rechtzeitig über das Ende eurer Dienstzeit in Kenntnis setzt. Nur so können wir die Beitragszahlungen anpassen und euch im Vorfeld mit Informationen

rund um den Ruhestand versorgen.

Bitte meldet daher zeitnah das Datum eures letzten Arbeitstages an unseren Seniorenbeauf-

Für weitere Fragen und Anregungen stehen wir jederzeit gerne als Ansprechpartner zur Verfügung!

Eure
DPoIG M-V

> Geburtstage im Oktober 2022

Der Landesvorstand und die Kreisverbände der DPoIG Mecklenburg-Vorpommern gratulieren allen im Monat Oktober geborenen Kolleginnen und Kollegen und wünschen für das neue Lebensjahr alles Gute. Vor allem Gesundheit und Erfolg für die weitere Zukunft!

Gleichzeitig bedanken wir uns für das vertrauensvolle Miteinander und freuen uns auf eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit.

Ein Jubiläum begehen im Monat Oktober:

- | | | |
|-------------------------|---------------------------|-----------------------|
| Olaf Kniffka | Marc Kantowski | Stefan Meysing |
| Jürgen Dornbusch | Klaus-Dieter Ruske | Michael Löwe |

Wir übermitteln allen Geburtstagskindern die herzlichsten Glückwünsche, verbunden mit viel Schaffenskraft im neuen Lebensjahr und natürlich bester Gesundheit.

Der Landesvorstand

Die Kreisverbände

